

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 14.03.2017

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:12 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Nils Bader - SPD

Herr Henning Jenzen - BIBS

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Uwe Jordan - SPD

Frau Antje Keller - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

sachkundige Bürger

Herr Michael Gröger - AfD

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD

Herr Felix Nordheim - CDU

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Herr Dieter Wichmann - Seniorenrat Braunschweig

Herr Dr. Burkhard Wiegel - Behindertenbeirat Braunschweig

Gäste

Frau Monika Andersson - Seniorenrat Braunschweig

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dez. III
Frau Michaela Springhorn - FBL 65
Herr Klaus Benscheidt - FBL 66
Frau Dr. Franziska Gromadecki - FB 66, AbtL 66.5
Frau Bianca Winter - RefL 0600

Protokollführung

Frau Tanja Hellemann - Ref. 0600

Abwesend**sachkundige Bürger**

Herr Gerald Gaus - SPD	entschuldigt
Herr Maximilian Pohler - CDU	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.02.2017
(öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Bauprogramm 2017 17-03876
 - 3.2 Braunschweig Inklusiv:
hier Prüfantrag Öffentliches Behinderten-WC inkl. Pflegeplatz 17-03901
 - 3.3 Mündliche Mitteilungen
- 4 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfall-entsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) 16-03142
- 5 Erweiterung Feuerwehrhaus Harxbüttel
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 17-04022
- 6 GS Bürgerstraße, Bürgerstraße 2, 38118 Braunschweig
Brandschutzmaßnahmen zur Herstellung des zweiten
baulichen Rettungsweges
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 17-04023
- 7 Gemeinschaftshaus Brunsviga, Karlstr. 35
Brandschutzmaßnahmen
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 17-04025
- 8 Anträge
 - 8.1 Einhaltung Abwasserentsorgungsvertrag 17-04086
 - 8.1.1 Einhaltung Abwasserentsorgungsvertrag 17-04086-01
- 9 Anfragen
 - 9.1 Gefahren für Radfahrer auf der Straße Wiesental 17-04119
 - 9.1.1 Gefahren für Radfahrer auf der Straße Wiesental 17-04119-01
 - 9.2 Neubau für die Sportanlage Wagum 17-04089
 - 9.3 Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden sowie Herrn Gröger als neues Bürgermitglied der AfD.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Die Anfrage der BIBS-Fraktion unter TOP 9.2 Neubau für die Sportanlage Waggum (Drs.-Nr. 17-04089) wird zuständigkeitsshalber im Sportausschuss behandelt.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.02.2017 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 1

3. Mitteilungen

3.1. Bauprogramm 2017

17-03876

Stadtbaudirektor Leuer stellt das Bauprogramm 2017 und die wesentlichen Maßnahmen vor.

Protokollnotiz: Ratsherr Hahn nimmt ab 15:07 Uhr an der Sitzung teil.

Insgesamt werde ein Volumen von rund 50 Mio. Euro verbaut. Die Baustellen-Situation halte sich im angemessenen Maß und sei durch das Verkehrsnetz beherrschbar.

Stadtbaudirektor Leuer und Herr Benscheidt beantworten verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder zu den einzelnen Baumaßnahmen.

Die erforderlichen Straßensperrungen am Ägidienmarkt / Stobenstraße seien auf die verkehrsärmeren Sommerferien beschränkt. Nach derzeitiger Zeitplanung werde der Verkehr in den ersten beiden Wochen der Ferien einspurig je Richtung geführt; in den weiteren vier Ferienwochen komme es zu Vollsperrungen. Während der Baumaßnahme und auch danach stehe der Ägidienmarkt nicht mehr als Parkmöglichkeit zur Verfügung; für insbesondere die Kirchenbesucher sei eine entsprechende Nutzung des Schulhofs der John-F.-Kennedy-Schule abgestimmt.

Die die Innenstadt betreffenden Maßnahmen seien dem AAI vorgestellt worden und dort auf grundsätzliches Verständnis gestoßen.

Ratsfrau Johannes schildert die durchgängig hohe Verkehrsdichte und regelmäßigen Staus rund um den Rudolfplatz in Richtung Hildesheimer Straße und fragt, ob während der Baumaßnahme die Ampelschaltung am Rudolfplatz sowie die Querungshilfe zum Ringgleis an-

gepasst werden. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass zur Aufrechterhaltung der Verkehre so viele Fahrspuren wie möglich befahrbar bleiben sollen; auch die Ringgleis-Querung werde im Rahmen der Gesamt-Verkehrssituation berücksichtigt.

Ratsherr Manlik nimmt Bezug auf ruhende Baustellen und mahnt, dass die Verwaltung auch auf nicht planbare (Fehl-)Entwicklungen vorbereitet sein müsse, um entsprechend flexibel reagieren zu können. Erforderlich seien in einem solchen Fall eine gute Kommunikation sowie eine schnelle Abhilfe bzw. ggf. die Bereitstellung von Ersatzlösungen. Weiterhin sollten die jeweils aktuellen Baustellen und Straßensperrungen, insbesondere auf den Einfallstraßen, über die KFZ-Navigationssysteme angezeigt werden. Stadtbaurat Leuer erläutert, dass die Stadt entsprechende Verkehrsmeldungen abgabe, die Aufnahme in die Navigations-systeme jedoch nicht in der Hand habe. Dies steuere der jeweilige Betreiber.

Ratsherr Sommerfeld stellt verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Städtebaulichen Vertrag zur Hildesheimer Straße. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass es zu den erworbenen Flächen keine bzw. nur unwesentliche Veränderungen im Wege der Ausführungsplanung gebe. Die Vorlage der Pläne und die weitere Zeitplanung bestimme der bauende Investor selbst. Die Bankbürgschaft sei Voraussetzung für die Erteilung der Baugenehmigung, sichere die städtischen Forderungen ab und werde erst nach vollständiger Erledigung abgelöst.

Ratsherr Bader befürchtet im Zuge der Maßnahme Helmstedter Straße eine massive Überlastung des Brodwegs und der Georg-Westermann-Allee. Stadtbaurat Leuer erläutert die vorgesehene Verkehrssteuerung Richtung Innenstadt über die Autobahn / Salzdahlumer Straße / Wolfenbütteler Straße sowie Richtung Norden über Weddel / Berliner Heerstraße; das Verhalten der Verkehrsteilnehmer sei jedoch nur bedingt beeinflussbar. Eine stärkere Belastung des Brodwegs bzw. der Georg-Westermann-Allee könne insofern nicht ausgeschlossen werden. Ratsherr Bader bittet die Verwaltung, die Verkehrssituation sensibel im Auge zu behalten und ggf. Gegenmaßnahmen zu treffen.

Ratsherr Kühn fragt, inwieweit bei der Maßnahme Salzdahlumer Straße / Fichtengrund auch zukünftige Planungen in Richtung Stadtbahn bereits berücksichtigt werden können. Seitens des betreffenden Stadtbezirksrats wäre die Groß-Lösung gern gesehen. Herr Benscheidt erläutert den weiteren Planungsgang zur möglichen Stadtbahn-Trasse-/Trassierung. Zur weitmöglichsten Vermeidung doppelter Arbeiten erfolgen Abstimmungen zwischen den Stadtbahn-Planern, den Planern des Klinikums und den Planern für den Straßenbau.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Braunschweig Inklusiv: hier Prüfantrag Öffentliches Behinderten-WC inkl. Pflegeplatz

17-03901

Herr Dr. Wiegel berichtet von der erfolgten Besichtigung des vorgeschlagenen Standorts in der Münzstraße und schildert die Örtlichkeiten, insbesondere die beengten Platzverhältnisse, die Erreichbarkeit und die Zugangssituation. Aus Sicht des Behindertenbeirats werde der Standort als nicht praktikabel erachtet; eine Weiterverfolgung werde aus diesem Grund und auch im Hinblick auf die hohen Kosten nicht empfohlen.

Herr Dr. Wiegel stellt alternativ das Projekt "Toiletten für alle" vor. Seitens des Behindertenbeirats werde empfohlen, nach einem geeigneten Standort zur Aufstellung eines entsprechenden Containers zu suchen.

Ratsherr Köster berichtet, dass der Verein KöKi das Thema ebenfalls aufgreifen wolle und

auf die Verwaltung zukommen werde. Er dankt Bürgermitglied Nordheim - unabhängig von einer Realisierung - für den Hinweis zum Standort Münzstraße.

Stadtbaudirektor Leuer hält fest, dass das Thema Einrichtung eines öffentlichen Behinderten-WCs inkl. Pflegeplatz im Gebäude des Polizeikommissariats Münzstraße vorerst nicht weiterverfolgt werde. Bzgl. eines Containers "Toilette für alle" werde die Verwaltung Informationen einholen und Standortüberlegungen treffen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Mündliche Mitteilungen

Herr Benscheidt berichtet zur Überprüfung des Kreuzungsbereichs Sonnenstraße / Güldenstraße in Bezug auf den Radverkehr und begründet, dass derzeit keine zielführende Lösungsmöglichkeit im Sinne einer Verbesserung bestehe. Im Fall grundlegender Straßenbauarbeiten in diesem Bereich werde der Aspekt in den Gesamtplanungen berücksichtigt.

Ratsherr Sommerfeld schildert erneut die vorliegende problematische Verkehrssituation und plädiert für die einfache und eindeutige Regelung, den Radverkehr auch ring- außerhalb weiterhin und durchgängig auf der Straße (gestützt durch Markierungen) zu führen. Herr Benscheidt verweist hierzu auf die bereits erfolgte Prüfung und Beantwortung im Rahmen der Drs.-Nr. 15-00892-02 Umgestaltung Sonnenstraße; die vorhandenen Platzverhältnisse seien ohne einen grundlegenden Straßenumbau nicht ausreichend.

4. Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) 16-03142

Herr Benscheidt und Frau Dr. Gromadecki beantworten Fragen von Ratsherrn Sommerfeld zur Finanzierung der Maßnahme; darüber hinaus wird auf die Abfallentsorgungsgebührensatzung (Elfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Drs.-Nr. 16-03134)) verwiesen.

Ratsherr Köster hebt die erfolgreiche Sammlung von Elektrokleingeräten positiv hervor und lobt die gute Zusammenarbeit mit der ALBA Braunschweig GmbH.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die als Anlage 1 beigefügte Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

11 / 0 / 0

5. Erweiterung Feuerwehrhaus Harxbüttel Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss 17-04022

Frau Springhorn stellt das Investitionsvorhaben vor.

Ratsherr Köster thematisiert die im Vergleich zu einem Neubau hohen Kosten. Frau Springhorn und Stadtbaudirektor Leuer begründen diese unter Berücksichtigung des konkreten Bauvorhabens im Bestand, der vorliegenden Grundstückssituation, des Umfangs der TGA- und Außenanlagen-Erneuerung, der EnEV-Anforderungen sowie der eingepreisten konjunkturellen Preisentwicklung.

Ratsherr Sommerfeld unterstreicht, dass mit realistischen Kostenansätzen gearbeitet werden sollte; auch seien nicht alle Kosten beeinflussbar. Zudem bestehe die Verpflichtung zur Be-

hebung der FUK-Mängel. Zu beachten seien auch die positiven Auswirkungen durch das Bestehen der Institution Freiwillige Feuerwehr im Vergleich zu einer ausschließlichen Berufsfeuerwehr.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko verlässt um 16:00 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Kühn spricht die weiteren Feuerwehrhaus-Neubauten an und fragt nach der Übertragbarkeit der Planungen etc., um Synergieeffekte bei den Kosten zu erzielen. Frau Springhorn und Stadtbaurat Leuer erläutern, dass dies auf den Bereich der TGA zutreffe, darüber hinaus jedoch im vorliegenden Fall aufgrund der besonderen Grundstückssituation nicht möglich sei.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 21.02.2017 zugestimmt.

Die Gesamtkosten werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 22.02.2017 auf insgesamt 775.000 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemangement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 1

6.	GS Bürgerstraße, Bürgerstraße 2, 38118 Braunschweig Brandschutzmaßnahmen zur Herstellung des zweiten baulichen Rettungsweges Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	17-04023
----	--	----------

Frau Springhorn stellt das Investitionsvorhaben vor und begründet die angesetzten Kosten.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko nimmt ab 16:05 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Frau Springhorn beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zur behindertengerechten Ausstattung des Gebäudes im Kontext des Hochparterres und der aktuellen Baumaßnahme.

Protokollnotiz: Die Kosten belaufen sich auf 95 €/m² Bruttogeschoßfläche.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 05.04.2016 zugestimmt.

Die Gesamtkosten einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemangement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes werden aufgrund der Kostenberechnung vom 17.02.2017 auf 798.200 € festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

11 / 0 / 0

**7. Gemeinschaftshaus Brunsviga, Karlstr. 35
Brandschutzmaßnahmen
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

17-04025

Frau Springhorn stellt das Investitionsvorhaben vor und begründet die angesetzten Kosten.

Frau Springhorn beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zum Umzug und der Interimsunterbringung von Radio Okerwelle, zu den angesetzten Kosten für Starkstromanlagen sowie zu möglichen Nutzungseinschränkungen während der Baumaßnahme. Die konkreten Detailfestlegungen erfolgten in der Ausführungsplanung. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass der Bau- und Zeitablauf der Maßnahme so weit wie möglich auf den Betrieb der Brunsviga abgestimmt werde.

Ratsherr Kühn erklärt, dass die Kosten für eine Brandschutzmaßnahme im Bestand nachvollziehbar seien. Für den Weiterbetrieb der Brunsviga sei die Maßnahme unumgänglich.

Protokollnotiz: Die Kosten belaufen sich auf 1.125 €/m² Bruttogeschoßfläche.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 14.12.2016 zugestimmt.

Die Gesamtkosten werden auf Grundlage der Kostenberechnungen vom 09.03.2017 auf insgesamt 1.787.800 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 2

8. Anträge

8.1. Einhaltung Abwasserentsorgungsvertrag

17-04086

Ratsherr Sommerfeld bringt den Antrag der Fraktion Die Linke ein und begründet die einzelnen Punkte im Kontext der vorliegenden Gutachten zum Abwasserentsorgungsvertrag sowie der Mitteilung der Verwaltung 17-04086-01 (TOP 8.1.1).

Ratsherr Köster erklärt, dass die Punkte 4, 5 und 6 des Antrags aus Sicht der CDU-Fraktion aufgrund der Erläuterungen der Verwaltung in der vorliegenden Mitteilung erledigt seien. Die Punkte 1, 2, 3 und 7 werde die CDU-Fraktion ablehnen, da es weiterhin keinen Grund gebe, dem vorgeschlagenen Vorgehen der Verwaltung und den Empfehlungen des Gutachters nicht zu folgen.

Ratsherr Kühn erklärt, dass aus seiner Sicht auch Punkt 3 des Antrags erledigt sei. Er fragt nach der geplanten Vorgehensweise der Verwaltung zum Einsatz neuer bzw. anderer Kennzahlen und dem künftigen Verfahren zur Bewertung der Vertragseinhaltung, ob diesbzgl. z.B. eine Vertragsergänzung, ein Letter of Intent o.ä. vorgesehen sei. Stadtbaurat Leuer bestätigt, dass die konkrete Umsetzung entsprechender Überlegungen derzeit erarbeitet werde; dies werde auch den Gremien vorgelegt.

Stadtbaurat Leuer beantwortet weitere Fragen der Ausschussmitglieder zur Sanierungsrate, der Investitionstätigkeit, dem Substanzwert und der Schadensklassenverteilung. Er begründet, dass das Festhalten an einer ausschließlichen bzw. hohen Sanierungsrate nicht zwangsläufig sinnvoll sei und erläutert die zugrundeliegende Investitionsstrategie. Ziel sei ein qualitativ gutes und stabiles Kanalnetz.

Ratsherr Kühn regt einen jährlichen bzw. zweijährlichen Fortschrittsbericht an. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass dies grundsätzlich möglich sei.

Ratsherr Sommerfeld fragt in Bezug auf Punkt 7 des Antrags, ob bestätigt werden könne, dass beim Personalbestand nunmehr ein mittlerer Wert erreicht sei. Frau Dr. Gromadecki teilt in diesem Zusammenhang in Ergänzung der vorliegenden Mitteilung mit, dass im Klärwerk im Zuge weiterer Maßnahmen noch weitere Personalaufstockungen vorgesehen seien. Herr Benscheidt erklärt, dass zwar nicht der betreffende Mittelwert erreicht werde, jedoch die vertragliche Leistung.

Ratsherr Sommerfeld erklärt, dass alle Punkte des Antrags aufrechterhalten bleiben. Es erfolgt eine getrennte Abstimmung.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Der Rat möge beschließen:

1. Die jährliche Sanierungsrate von durchschnittlich 1,25% und mindestens 1,1% wird beibehalten und nicht wie von der Verwaltung vorgeschlagen auf einen „Leitwert von 0,9 %“ abgesenkt.
2. Die Nichteinhaltung von Kennzahlen wird nicht akzeptiert.
3. Die jeweiligen Investitionsjahrespläne sind dem Rat vorab zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat in 2017 darzustellen, ob es von 2013 - 2017 zu einer Überschreitung der Grenzwerte bei Phosphor gekommen ist und welche Maßnahmen erfolgt sind bzw. erfolgen sollen, um die Einhaltung des Grenzwertes zu erreichen.
5. Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat in 2017 darzustellen, ob von 2013 - 2017 Maßnahmen gegen die erhebliche Verschlammung der Rieselfelder ergriffen wurden, welche Maßnahmen zukünftig geplant sind und ob die Rieselfelder ihre Funktion überhaupt noch erfüllen. Insbesondere ist darzustellen, ob die in 2017 geplante Entschlammung das Problem nachhaltig löst.
6. Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat in 2017 darzustellen, ob es durch die Anpassung der Grenzwerte für Cadmium und Quecksilber seit 2015, zu einer Überschreitung der Schwermetallgrenzwerte im Klärschlamm gekommen ist. Falls diese Überschreitungen stattgefunden haben, sind sofort Maßnahmen zu einer Absenkung der Konzentrationen durchzuführen.
7. Die Verwaltung wird gebeten, von der SE/BS zu verlangen, dass der Personalbestand für den Betrieb der Kläranlage, der sich zum Ende des letzten Gutachtens (2012) an der unteren Grenze des nach dem Merkblatt ATV-M 271 ermittelten Bedarfes befand, auf einen Mittelwert angehoben wird.“

Abstimmungsergebnis (getrennte Abstimmung):

zu 1. und 2.: 2 / 8 / 1

zu 3. bis 6.: - für erledigt erklärt -
aufgrund Verwaltungshandeln (TOP 8.1.1 - Mitteilung 17-04086-01)
(Abstimmung über den mündlichen Antrag auf Erledigungserklärung 9 / 2 / 0)

zu 7.: 2 / 9 / 0

8.1.1. Einhaltung Abwasserentsorgungsvertrag

17-04086-01

Siehe TOP 8.1.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

9. Anfragen

9.1. Gefahren für Radfahrer auf der Straße Wiesental 17-04119

Ratsfrau Keller bringt die Anfrage der CDU-Fraktion ein.

9.1.1. Gefahren für Radfahrer auf der Straße Wiesental 17-04119-01

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion und erläutert auf Nachfrage von Ratsherrn Manlik, warum die Verwaltung in der Gesamtabwägung vom Bau eines Radweges an der Straße Wiesental Abstand nehme. Die Anregung von Ratsherrn Kühn, einen Radfahrstreifen auf der Straße einzurichten, werde geprüft.

Die Stellungnahme 17-04119-01 wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Neubau für die Sportanlage Waggum 17-04089

Die Beantwortung erfolgt im Sportausschuss.

9.3. Mündliche Anfragen

9.3.1. Ratsherr Sommerfeld fragt nach dem Sachstand zur Sophienschule. Frau Springhorn berichtet, dass nach den regelmäßig vorgenommenen Messungen die Schadstoffkonzentration kontinuierlich sinke. Sofern sich diese Entwicklung fortsetze, sei geplant, dass die Schule nach den Sommerferien wieder genutzt werden könne.

9.3.2. Bürgermitglied Nordheim nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Dr. Wiegel zur Einrichtung eines Behinderten-WCs im Polizeigebäude Münzstraße (TOP 3.2) und erklärt, dass sich der Zugang und vorgesehene Standort innerhalb des regulären öffentlichen (Besucher-)Bereichs befinden. Sofern die präferierten Alternativen nicht realisierbar seien, stehe die Polizei Münzstraße dem Vorhaben weiterhin grundsätzlich positiv gegenüber.

9.3.3. Bürgermitglied Nordheim berichtet über erforderliche Kleinstreparaturen in der Wasserwelt. Die Verwaltung wird den Hinweis an die Stadtbau GmbH weiterleiten.

9.3.4. Bürgermitglied Nordheim schildert die Verkehrssituation am Bohlweg im Bereich Georg-Eckert-Straße / Waisenhausdamm. Vermutlich durch eine geänderte Ampelschaltung/ Vorrangsschaltung der Straßenbahn komme es durchgängig zu erheblichen Rückstaus in beiden Richtungen sowie Behinderungen im Kreuzungsbereich Georg-Eckert-Straße / Bohlweg. Stadtbaurat Leuer verweist grundsätzlich auf bestehende Zielkonflikte zwischen dem Individual- und dem ÖPNV-Verkehr und die diesbzgl. Abwägung; der Aspekt Luftschadstoffbelastung komme aufgrund der umliegenden Baustuktur hier nicht zum Tragen. Die Verwaltung werde zu der Angelegenheit berichten.

9.3.5. Bürgermitglied Steinert weist darauf hin, dass am Naturdenkmal Schlossberg in Kralenriede seit mehreren Wochen nicht abgedeckte Container mit ausgebaggertem kontaminierten Erdreich stehen, die durch Regeneintrag überzulaufen drohten. Die Verwaltung wird dem Hinweis nachgehen.

Protokollnotiz: Bürgermitglied Nordheim verlässt um 17:00 Uhr die Sitzung.

9.3.6. Ratsherr Jordan nimmt Bezug auf das Bauvorhaben Korfestraße und fragt, wie sich die Umrechnung 1 Carsharing-Platz = 5 normale Parkplätze konkret ermittele. Stadtbaurat Leuer erläutert, dass dies auf bauordnungsrechtlich belastbaren Erfahrungs- und Schätzwerten beruhe. Weiterhin werde eine Abwägung zwischen dem Stellplatzbedarf und dem Grünflächenanteil vorgenommen.

Protokollnotiz: Ratsherr Jenzen verlässt um 17:03 die Sitzung.

Einwohnerfragestunde

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet eine Einwohnerfrage.

Die Sitzung endet um 17:12 Uhr.

gez. Köster

- Vorsitz -

gez. Leuer

- Stadtbaurat -

gez. Hellemann

- Schriftführung -